

WER ZAHLT FÜR DIE KRISE?

REZEPTE FÜR DEN WEG AUS DER KRISE



SALZBURG

■ Dieser Service ist dank Ihres AK-Beitrags möglich



Kosten der Krise fair verteilen

Schon jetzt zahlen Arbeitslose, Menschen in Kurzarbeit und viele kleine Selbstständige, durch Jobverlust oder Einkommenseinbußen, für die Krise. Trotzdem werden die Beschäftigten bei den, bis 2024 angekündigten, Corona-Staatshilfen benachteiligt. Von 10 Hilfs-Euro erhalten sie nur 3. Doppelt bitter ist, dass die Beschäftigten und Konsumenten von 10 Steuer-Euro, die der Staat einnimmt, satte 8 zahlen.

Bald wird es darum gehen, die Milliardenkosten zurückzuzahlen. Zwar versichert die Bundesregierung, dass die Krisenkosten allein durch das Wirtschaftswachstum kompensiert werden, das wird aus Sicht der AK allerdings nicht ausreichen. Es drohen ein „Engerschnallen“ des Gürtels und Sparpakete auf dem Rücken der Beschäftigten.

Ich kann versichern: Wir werden nicht zulassen, dass die Beschäftigten neuerlich benachteiligt werden. Zur Bewältigung der Krise müssen jene, die es sich leisten können, einen fairen Beitrag zahlen. Dabei darf auch eine Steuer auf hohe Vermögen und Erbschaften kein Tabu sein.

Dieses und weitere Rezepte für den Weg aus der Krise, finden Sie in dieser Broschüre. Ich wünsche eine aufschlussreiche Lektüre.

Peter Eder
AK-Präsident
ÖGB-Landesvorsitzender



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



WER ZAHLT FÜR DIE KRISE?

REZEPTE FÜR DEN WEG AUS DER KRISE

Impressum

Medieninhaber: Arbeiterkammer Salzburg, Markus-Sittikus-Straße 10,
5020 Salzburg, T: +43 (0)662 86 87, www.ak-salzburg.at

Autor: Mag. Reinhard Hofbauer

Redaktion: Mag. Christoph Schulz

Titelfoto: Panumas, stock.adobe.com

Grafik: Ursula Brandecker

Diagramme/Grafiken Mag. Reinhard Hofbauer, Gabi Gallei

Druck: Eigenvervielfältigung AK Salzburg

Verlags- und Herstellungsort: Salzbug

Stand: April 2021

Worüber wir reden müssen

- Die Kosten der Krise fallen nicht erst zukünftig an. Schon jetzt bezahlen viele Menschen wie Arbeitslose oder Menschen in Kurzarbeit durch deutlich geringere Einkommen für die Krise.
- Die Krise betrifft weit überwiegend Menschen mit geringen Einkommen. Sie haben es auch schwerer wieder in Arbeit zu kommen.
- Es ist richtig, dass der Staat in der Krise mehr Geld ausgibt, um die soziale Lage zu verbessern und die Wirtschaft zu stabilisieren. Das muss er sozial gerecht, nachhaltig und zukunftsorientiert machen. Die Regierung erfüllt diese Anforderungen nur zum Teil. Förderungen für Unternehmen erfolgen nicht treffsicher, Arbeitslose gehen überhaupt leer aus.
- Sparen und den Gürtel enger schnallen ist derzeit grundfalsch, Vermögende leihen dem Staat derzeit Geld zum Nulltarif. Die Zinslast für die Staatsschulden ist niedrig wie nie. Nun muss Österreich kräftig und richtig in den Sozialstaat und eine moderne und ökologische Wirtschaft investieren.
- Angst vor erdrückenden Staatsschulden ist unbegründet: Wenn die Wirtschaft nachhaltig wächst und die Staatseinnahmen schneller steigen als die Zinsen, reduziert sich die Staatsschuld von selbst.
- Die Inflationsgefahr wird überschätzt. Ein allgemeiner Anstieg der Verbraucherpreise kommt erst, wenn die Wirtschaft auf Hochtouren läuft und die Löhne kräftig steigen. Davon sind wir weit weg.
- Wichtiger als eine Schuldenbremse ist eine Vermögensbremse. Vermögen ist in Österreich extrem ungleich verteilt. Das reichste 1 % besitzt mehr als 90 % der Bevölkerung zusammen.
- Trotz hoher Vermögen machen Steuern auf Vermögen, Vermögenszuwächse und Unternehmensgewinne nicht einmal 10 % des Budgets aus. Der Sozialstaat, den wir jetzt so dringend brauchen, wird weit überwiegend von Beschäftigten und Konsumierenden finanziert!

Inhalt

1 Wer „zahlt“ für die Krise?	6
2 Bei wem verschuldet sich die Republik?	8
3 Ist der Schuldenberg unüberwindbar? Nein!	9
4 Wo Schulden sind, sind auch Gläubiger	11
5 Wer wird die Staatsschulden bezahlen?	12
6 Droht eine Inflation?	13
7 Fiskalregeln neu gestalten	14
8 Mit dem Sozialstaat soziale Ungleichheit verringern	15
9 Keine breite Mittelschicht bei Vermögen	17
10 Wer hat, dem wird gegeben	20
11 Hohe Erbschaften besteuern	21
12 Reiche nutzen ihre politische Macht	22
13 Es geht um Gerechtigkeit, nicht um Neid	23
14 Wachsende Ungleichheit bekämpfen ...	24
15 Was jetzt nötiger ist, denn je	26

1. Wer „bezahlt“ für die Krise?

Die Kosten der Krise fallen nicht erst zukünftig an. Schon seit Beginn der Krise im März 2020 bezahlen viele Österreicher und Österreicherinnen für die Krise. Durch die um fast 7 % rückläufige Wirtschaftsleistung sind entsprechend weniger Einkommen entstanden. Das bezahlen Arbeitslose und Menschen in Kurzarbeit mit geringeren Einkünften, ebenso viele Klein- und Mittelbetriebe.

Arbeitslose Menschen müssen mit 55% ihres Einkommens auskommen. Wer mit 1.800 Euro arbeitslos wird, bekommt 990 Euro Arbeitslosengeld im Monat – im Durchschnitt erhalten Arbeitslose 970 Euro monatlich. Die, von der Regierung groß vermarktete Einmalzahlung von 450 Euro hat gerade mal jeder zweite Arbeitslose erhalten. Besonders hart trifft es etwa jene, für die Trinkgelder einen wichtigen Teil des Einkommens ausmachen. Eine Kellnerin in der Stadthotellerie, die seit Mitte März 2020 in Kurzarbeit ist, hat bis Februar 2021 fast 11.000 Euro verloren.

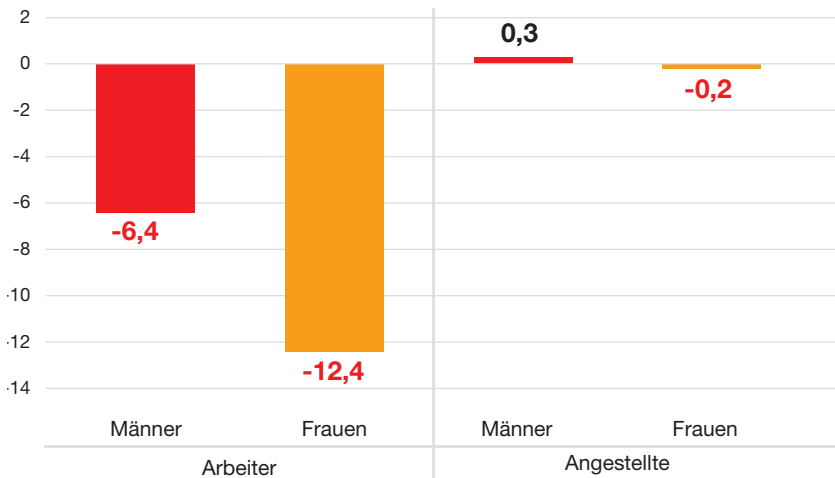
Von der Krise sind fast ausschließlich Arbeiterinnen und Arbeiter betroffen

Die Krise trifft überdurchschnittlich oft Menschen, die schon zuvor eine schwächere Position auf dem Arbeitsmarkt hatten. Sie werden schneller arbeitslos und finden oft schwerer wieder eine neue Beschäftigung.

Im Bundesland Salzburg gab es im Jahresdurchschnitt 2020 8.440 Beschäftigte weniger¹ als im Vorjahr. Der Rückgang ging fast vollständig zu Lasten von Arbeiterinnen und Arbeitern (-8.331), während die Zahl der Angestellten annähernd gleichgeblieben ist. Die Beschäftigungsrückgänge von Frauen waren dabei doppelt so stark, wie jene von Männern. (-6,4 % Männer; -12,4 % Frauen)

Beschäftigungsentwicklung 2020 zum VJ

(Jahresdurchschnitt aktiv Beschäftigte)



Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungen, eigene Darstellung

Auch in der Kurzarbeit finden sich überwiegend Beschäftigte mit geringen Einkommen. Kurzarbeit wird vor allem im Handel, der Beherbergung und Gastronomie und in der Warenherstellung in Anspruch genommen. Dabei liegen bereits ohne Kurzarbeit die Einkommen von Arbeiterinnen und Arbeitern rund 20 % unter jenen von Angestellten.

¹ Jahresdurchschnitt, aktiv Beschäftigte

2. Bei wem verschuldet sich die Republik?

Seine steigenden Ausgaben finanziert der Staat Österreich durch Schulden, meist Bundesanleihen. Dabei holt der Staat wie bei einer Auktion Gebote von Finanzinstituten ein. Wer aus Sicht des Staates am billigsten ist, der erhält den Zuschlag. Danach können die Anleihen am Sekundärmarkt gehandelt werden. Weil Staaten wie Österreich beste Schuldner sind, laufen ihnen Geldgeber geradezu hinterher. Aktuell sind diese bereit, sogar einen Negativzins, also eine Prämie, zu zahlen, um ihr Geld bei der Republik anlegen zu können.

Österreich liegt bei der Nachfrage nach Staatsanleihen weiter an der europäischen Spitze.² Die Gläubiger Österreichs kommen zu zwei Drittel aus dem Ausland, bei den inländischen Gläubigern wird der Großteil von Finanzinstituten gehalten. Die Europäische Zentralbank bietet bei Auktionen nicht direkt mit, sie kauft die Anleihen auf dem Sekundärmarkt, beispielsweise von österreichischen Banken. Dieser Ankauf bewirkt, dass die Nachfrage nach Staatsverschuldungstiteln steigt, wodurch die Verzinsung wiederum sinkt. Anleihen sind endfällig, nach Ende der Laufzeit müssen sie komplett zurückgezahlt werden.

² <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2077713-Negativzins-fuer-Bundesanleihen-weitet-sich-aus.html>

3. Ist der Schuldenberg unüberwindbar? Nein!

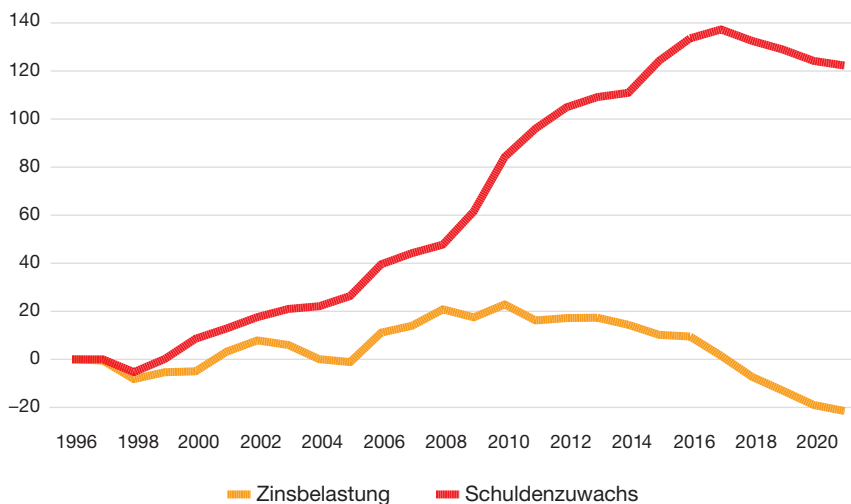
Immer mehr Menschen beschäftigt die Frage, wie lange das Schuldenmachen gutgehen kann, bevor die Rechnung für die angeblich horrenden Staatschulden in Form höherer Steuern oder schmerzhafter Sparpakete gezahlt werden muss. In der Corona-Pandemie sind die Staatschulden von 70,5 % der österreichischen Wirtschaftsleistung auf aktuell rund 85 % gestiegen. Dieser Anstieg ist enorm. Ein Blick in die jüngere Vergangenheit zeigt jedoch, dass die Staatsschulden noch 2015 als Spätfolge der weltweiten Finanzkrise 2008 ähnlich hoch waren wie heute.

Ob Schulden unbezahlbar oder leistbar sind, hängt nicht von der absoluten Höhe der Schulden ab, sondern von der wirtschaftlichen Leistungskraft und dem Zinssatz. Ein Staat ist kein Haushalt, bei dem Einkommensbezieher in Pension gehen und irgendwann sterben. Ein Staat, wie auch viele private Firmen, zahlen ihre Schulden selten zur Gänze zurück. Sie tilgen alte Kredite und nehmen neue Schulden auf. Die Neuverschuldung 2020 wurde mit negativen Zinsen finanziert, die Republik bekommt von den Gläubigern sogar etwas für Kredite.

Eine Gefahr besteht allenfalls durch ein Zinsrisiko – wenn die Zinszahlungen schneller wachsen, als die Staatseinnahmen. Entscheidend für die Schuldentragfähigkeit ist daher, dass das Wirtschaftswachstum nachhaltig hoch ist und dass alle ihren gerechten Anteil an den Gesamtsteuern des Staates zahlen.

Schulden und Zinslast in Österreich

Veränderung seit 1995, in Prozent



Quelle: Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, eigene Darstellung

Anmerkung: Wert für 2021 ist eine Prognose

Fakt ist: Staatsausgaben sind immer Einnahmen für Menschen, die davon wieder Steuern zahlen. Die Schulden Österreichs steigen seit 1954 an. Die privaten Vermögen sind parallel aber noch stärker gewachsen und betragen heute mehr als das Vierfache der österreichischen Wirtschaftsleistung.

4. Wo Schulden sind, sind auch Gläubiger

Die Kritiker von Staatsschulden verschweigen gern ein einfaches logisches Faktum: Die Summe der Schulden ist stets ident mit der Summe der Guthaben. Jedem Euro Schulden steht irgendwo ein Euro Guthaben gegenüber. Es werden eben nicht nur Staatsschulden vererbt, sondern auch die Staatsschuldtitel werden an die Kinder vererbt, die wiederum davon profitieren.

Die politisch interessante Verteilungsfrage ist daher weniger eine zwischen verschiedenen Generationen sondern zwischen verschiedenen sozialen Gruppen innerhalb einer Generation, kurz: zwischen Vermögensbesitzern und denen, die kein Vermögen besitzen. Wer meint, die Schulden sind zu hoch und daher Schuldenbremse sagt, der muss auch Vermögensbremse sagen.

5. Wer wird die Staats-schulden bezahlen?

Mit dem trügerischen Argument „nachfolgenden Generationen keinen Schuldenberg zu hinterlassen“ wollen viele konservative und liberale Politiker möglichst schnell nach der Krise eine Rückkehr zur Sparpolitik, wie nach der Wirtschaftskrise 2008. Dann kommt die Zeit des Gürtels enger schnallen. Sozialkürzungen, „Sparen im System“, d.h. meist Verschlechterungen bei öffentlichen Dienstleistungen oder gar höhere Massensteuern drohen.

Aktuell ist die wirtschaftliche Herausforderung nicht die zu hohe Staats-schuld, sondern ein zu geringes, nachhaltiges Wachstum. Ist dieses Wachstum hoch und die Zinsen auf die Staatsschuld weiter niedrig, dann sinkt auch die Staatschuldenquote. Das Geld für die notwendigen Investitionen darf nicht durch höhere Massensteuern wie etwa eine Mehrwertsteuererhöhung kommen, denn diese würden den Konsum drosseln.

Für die anstehenden Investitionen sind vor allem zwei Quellen anzuzapfen:

Kreditfinanzierungen sind ein Gebot der Stunde, weil die Zinszahlungen den Staatshaushalt nicht belasten. Zinszahlungen der Republik machten 2016 noch 2,1 % der Wirtschaftsleistung aus. 2023 werden die gesamten Zinsen für die Staatsschuld nur mehr 0,8 % des BIP ausmachen, obwohl die Staatsverschuldung von 70,4 auf aktuell rd. 85 % des BIP gewachsen ist.

Daneben müssen diejenigen herangezogen werden, die in den vergangenen Jahrzehnten am stärksten von der Wirtschaftspolitik profitiert haben: Vermögende.

6. Droht eine Inflation?

Viele Menschen fragen sich aktuell, ob mit der größeren Geldmenge, nicht auch automatisch die Preise steigen? Droht schon bald eine hohe Inflation?

Die allermeisten Ökonomen und Ökonominen sehen die Ausweitung der Geldmenge in der aktuellen Lage entspannt und sehen keine Inflationsgefahr. Begründet wird dies damit, dass das Geld, das gerade verteilt wird, nur Löcher stopft, die durch die Lockdowns gerissen wurden. Preissteigerungen gibt es vor allem bei Vermögenspreisen, insbesondere Immobilien, aber nicht bei Löhnen und Konsumgütern insgesamt. Damit es zu einem spürbaren und deutlichen Anstieg der Inflation kommt, müssten die Betriebe ausgelastet sein, kräftig investieren und Löhne und Preise nachhaltig steigen. Das ist derzeit nicht der Fall, im Gegenteil: Hunderttausende sind in Kurzarbeit oder arbeitslos, die Umsätze sind in weiten Bereichen der Wirtschaft geringer und die österreichischen Haushalte sparen doppelt so viel wie vor der Krise. Diese schwächere Nachfrage dämpft die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung. Im Jahr 2020 stiegen die Verbraucherpreise in Österreich um 1,4 %. Damit hat sich die Teuerung das dritte Jahr in Folge abgeschwächt.

Damit die Inflation stark steigt, müsste viel mehr Geld in der Realwirtschaft ankommen und die Löhne müssten kräftig steigen. Und sollte sich in Zukunft herausstellen, dass die Risiken für eine hohe Inflation steigen, hat die Zentralbank hinreichende Instrumente, überschüssiges Geld abzuschöpfen.

7. Fiskalregeln neu gestalten

Nach der Wirtschaftskrise 2009 wurde in Europa mit dem Stabilitätspakt und den „Fiskalregeln“ eine Politik des Sparens zulasten von Investitionen durchgesetzt. Die Fiskalregeln – sie wurden für die Zeit der Pandemie ausgesetzt – verlangen, dass öffentliche Schulden rasch abgetragen werden müssen, bis der nach den EU-Kriterien höchstzulässige Schuldenstand von 60 % des Bruttoinlandsprodukts erreicht ist. Dazu darf das jährliche Defizit 3 % nicht überschreiten. Die Schuldenregeln stammen aus einer Zeit hoher Zinsen und sollten die Zinslast hoher Staatsschulden begrenzen. Im Ergebnis haben sie eine stärkere wirtschaftliche Erholung nach der Finanzkrise verhindert, die Arbeitslosigkeit verstärkt und dringend nötige öffentliche Investitionen verhindert, weil diese defiziterhöhend gewirkt haben.³ Die Tatsache, dass die Zinslast aller Mitgliedstaaten im Euroraum auf dem niedrigsten Stand aller Zeiten liegt, obwohl der Schuldenstand durch die Corona-Krise hoch ist, verdeutlicht, dass der Fokus auf die Schuldenquote irreführend ist. Entscheidend für einen stabilen Staatshaushalt ist nicht die Höhe der Staatsschulden, sondern die Zinslast.

Selbst Ökonomen wie der ehemalige Regierungsberater Bert Rürup, die staatlichen Einfluss kritisch sehen und diesen begrenzen wollen, meinen inzwischen, es sei „ökonomisch wenig überzeugend, mit dem Hinweis auf die, aus einer anderen Zeit stammende, Schuldenbremse auf die dringend notwendige Modernisierung des Kapitalstocks zu verzichten. Der Staat muss jetzt investieren, um künftigen Generationen keine maroden Schulen, Straßen und Betriebe zu hinterlassen.“⁴

³ Prieue, J.(2021): Reforming the fiscal rulebook for the euro area - and the challenge of old and new public debt, IMK Study, Düsseldorf

⁴ <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-schulden-steuern-1.5156404>

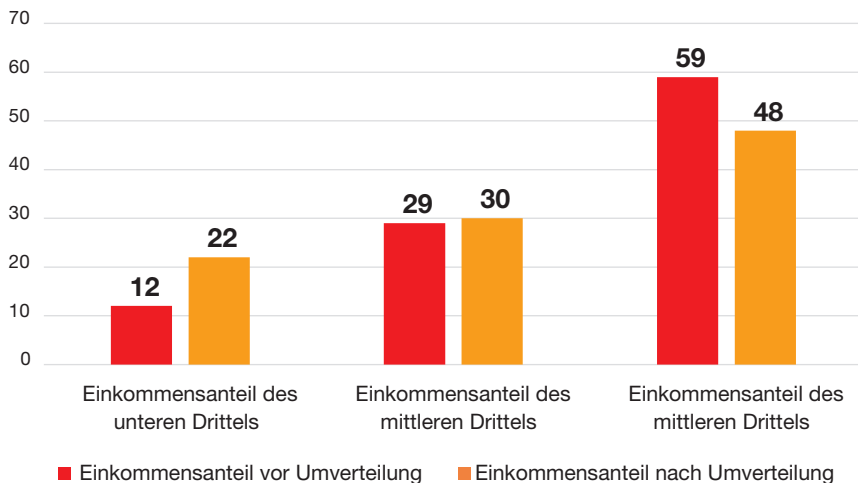
8. Mit dem Sozialstaat soziale Ungleichheit verringern

Der Sozialstaat mit seinen Geld- und Sachleistungen nutzt allen Österreicherinnen und Österreichern. Investitionen in den Sozialstaat sind Investitionen in das öffentliche Vermögen. Schaut man auf das, was Haushalte inklusive Sozialleistungen Monat für Monat zur Verfügung haben, dann zeigt sich immer noch eine breite Mittelschicht in Österreich. Dies obwohl die Ungleichheit bei den Arbeitseinkommen seit vielen Jahren zugenommen hat. Möglich wird das durch eine Vielzahl von Geldleistungen wie Familienbeihilfen oder Pflegegeld, die allen Österreicherinnen und Österreicher im Bedarfsfall zugutekommen. Eine besonders wichtige, aber oft unterschätzte Rolle, spielen Sachleistungen: Ob Krankenhäuser und die gesamte Gesundheitsversorgung, auf die wir aktuell so dringend angewiesen sind, oder Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie Pflegeheime – ohne sie gäbe es keine breite Mittelschicht in Österreich.

Durch sozialstaatliche Geld- und Sachleistungen verteilt der Staat von Erwerbstätigen zu Kranken, Arbeitslosen, Familien und Älteren um. Im Lauf ihres Lebens profitieren alle Österreicherinnen und Österreicher vom Sozialstaat, da alle einmal jung, krank oder alt sind. Durch diese staatliche Umverteilung steigt der Anteil des unteren Drittels der Gesellschaft deutlich an.⁵

⁵ Rocha-Akis, S.; Mayrhuber, C., 2019

Der Sozialstaat sorgt für mehr Gleichheit



Quelle: Mayrhuber/Rocha-Akis, eigene Darstellung

Finanziert wird all das in erster Linie aus Steuern und Abgaben auf Arbeit und Konsum, die in Österreich zu mehr als drei Viertel zu den Staatseinnahmen beitragen. Steuern auf Vermögen, Vermögenszuwächse und Unternehmens-Gewinne tragen hingegen nicht einmal 10 % zum Budget bei. Liegt das daran, dass nennenswerte Vermögen bei uns nicht vorhanden sind?

9. Keine breite Mittelschicht bei Vermögen

Gemessen an der Wirtschaftsleistung ist Österreich ein reiches Land. Das geschätzte Volumen der privaten Vermögen beträgt rd. 1.249 Milliarden Euro und ist damit mehr als 4-mal so hoch wie die gesamte Wirtschaftsleistung Österreichs. Aber wer hat wie viel davon?

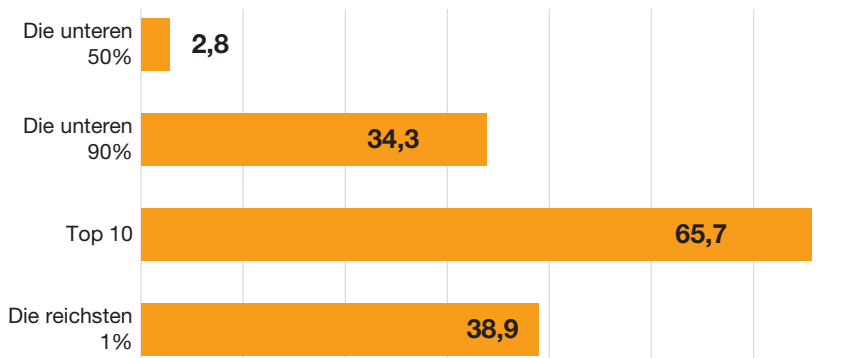
Wer wie viel Vermögen besitzt, war in Österreich seit der Abschaffung der Vermögenssteuer 1995 unbekannt und die Regierungen haben lange wenig Interesse daran gezeigt, Licht ins Dunkel der Vermögen zu bringen. Seit wenigen Jahren kommt nun durch Untersuchungen der österreichischen Nationalbank Licht ins Dunkel der Vermögen. Und dabei zeigt sich: Vermögen ist in Österreich viel ungleicher verteilt, als weithin angenommen. Ganz im Gegensatz zu den Haushaltseinkommen, gibt es bei diesen Vermögen keine breite Mittelschicht.

Allein das oberste Prozent der Vermögensbesitzer hält 39 % der gesamten Vermögenswerte in Österreich, die ärmere Hälfte besitzt weniger als 3 % des gesamten Vermögens. Das durchschnittliche Vermögen des reichsten 1 % der Haushalte in Österreich (12,5 Millionen Euro) ist rund 150-mal höher, als jenes der mittleren Haushalte (83.000 Euro). Die reichsten 5 % der Haushalte besitzen rund 55 % des gesamten Nettovermögens.⁶

⁶ Heck, Ines / Kapeller, Jakob / Wildauer, Rafael (2020): Vermögenskonzentration in Österreich – Ein Update auf Basis des HFCS 2017

Das reichste 1% besitzt mehr als 90% der Bevölkerung zusammen

Anteile am österreichischen Gesamtvermögen



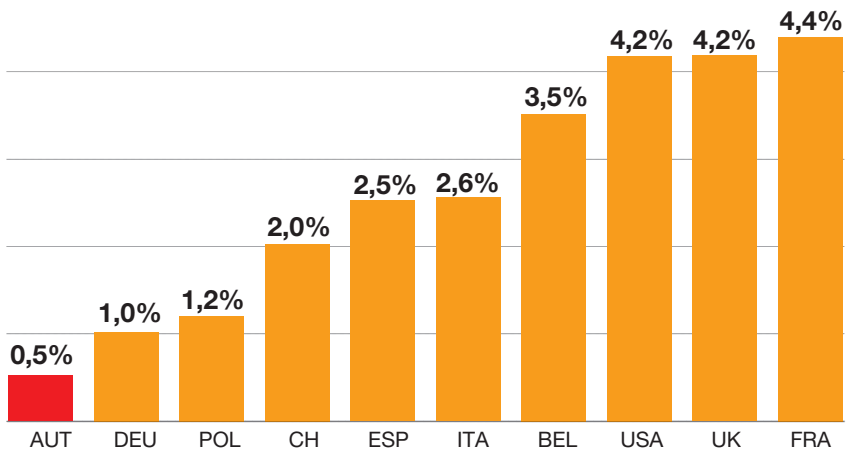
Quelle: Heck/Kapeller/Wildauer, eigene Darstellung

Erfasst wird das Nettovermögen, also Sachvermögen wie Immobilien, Unternehmenseigentum, Fahrzeuge, etc. und Finanzvermögen (Sparbücher, Girokonten, Aktien, Wertpapiere ...), Schulden werden abgezogen.

Die Vermögensdaten zeigen, was die meisten von uns kennen: In der unteren Hälfte besitzt man ein Auto und ein Sparbuch. In der oberen Mitte sind die Eigentumswohnung oder ein Haus der größte Vermögensposten, der angesichts der galoppierenden Immobilienpreise gerade in Salzburg für immer mehr Menschen ein Wunschtraum bleibt. Bei den reichsten 20 % sind auch Wertpapiere Teil des Vermögens. Erst bei den Top-5 % kommen zusätzlich Immobilien, Wertpapiere und Unternehmensbeteiligungen dazu. Frauen haben in Österreich 23 % weniger Vermögen als Männer, die Lücke besteht allerdings vor allem ganz oben, dort wo viel Vermögen gehalten wird.

Vermögen sind in ganz Europa sehr ungleich verteilt, aber Deutschland und Österreich stehen bei der Ungleichheit der Vermögen an oberster Stelle. Mehr als die Hälfte des privaten Vermögens im Euroraum ist in den Händen der obersten 10 % und die Ungleichheit hat seit den 1980er Jahren stark zugenommen. Die Vermögenden haben überall von der Deregulierung der Märkte, Privatisierungswellen, der Orientierung am shareholder value, dem internationalen Steuerwettbewerb und Steuersümpfen profitiert. In Österreich gibt es seit 1995 keine Vermögenssteuer und seit 2008 keine Erbschaftssteuer mehr. In Österreich tragen Vermögende daher auch deutlich weniger zum Steuerkuchen bei als in vergleichbaren Ländern.

Anteil vermögensbasierter Steuern am BIP 2017



Quelle: OECD, eigene Darstellung

Zudem nutzen multinationale Konzerne komplizierte Konstruktionen mit Steuersümpfen und Steuer-Schlupflöchern, um Milliarden aus den Gemeinwesen zu ziehen. Alleine in der EU macht der Schaden 1.000 Milliarden aus. Das ist ungefähr so viel, wie ganz Europa für die Gesundheitsversorgung seiner Bevölkerung ausgibt.⁷

⁷ <http://www.taxresearch.org.uk/Blog/>

10. Wer hat, dem wird gegeben

Wer möchte nicht von seinem Vermögen leben? Vermögenseinkommen entstehen aus dem Ertrag von bestehenden Vermögen. Für rund 75 % der Erwerbstätigen sind das ein paar Euro aus Zinsen auf Gehalts- und Sparkonten. Die reichsten 10 % aber erhalten rund 90 % aller Einkommen aus Vermögen. Erst an der Spitze der Vermögen spielen Einkommen aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Gewinnentnahmen eine wirklich relevante Rolle. Vermögen sind sehr ungleich verteilt, aber Einkommen aus Vermögen noch einmal viel ungleicher!

Und wer Vermögen hat, der wird bevorzugt, denn die meisten Vermögenseinkommen sind steuerlich bessergestellt als Arbeitseinkommen. Um es zu veranschaulichen: Jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin zahlt für jeden Euro über 18.000 Jahresbruttoeinkommen 35 % Steuer. Wer dagegen von Dividenden, Zinsen oder Investmentfonds lebt, wird mit einer einheitlichen Kapitalertragssteuer von 27,5 % besteuert. Über alle Haushalte hinweg halten in Österreich gerade einmal 5 % Aktien in ihrem Vermögensbestand. In Salzburg haben 150 der größten Unternehmen zwischen 2017 und 2019 rd. 4 Milliarden an Dividenden gezahlt. Von diesen hohen Dividendenausschüttungen profitiert vor allem ein kleiner, vermögender Teil der Bevölkerung.⁸

Große Vermögenseinkommen werden durch die höhere Rendite meist von alleine mehr. Das führt zu einer Vermögensspirale, bei der sich die Vermögen immer stärker auf wenige Haushalte konzentrieren. Eine ansteigende Besteuerung von Vermögenseinkommen kann, gemeinsam mit Vermögens- und Erbschaftssteuern, die Spirale ständig steigender Vermögensungleichheit durchbrechen.

⁸ AK-Salzburg: Unternehmensradar 2021, im Entstehen

11. Hohe Erbschaften besteuern

Wer träumt nicht von einer schönen Erbschaft? Für die meisten bleibt es beim Traum. Statistisch gesehen erbt nur jeder dritte Haushalt der unteren 90 % der Vermögensverteilung überhaupt wertvolle Dinge wie Fahrzeuge, Immobilien oder Geld. Durchschnittlich geht es dabei um rd. 120.000 Euro. Im Gegensatz dazu erben bei den oberen 10 % der Vermögenden drei von vier Haushalten. Ihre Erbschaft ist mit 830.000 Euro rund 7-mal höher als die durchschnittliche Erbschaft der restlichen 90 %. Die reichsten Österreicher haben ihr Vermögen selten selbst aufgebaut, sondern sind seit Generationen reich. In der Regel gilt: Wer reich geboren ist, bleibt reich. Gegen eine Erbschaftssteuer treten selbst neoliberale Ökonomen kaum auf – einfach deswegen, weil es keine ernstzunehmenden ökonomischen Nachteile gibt. Aus diesem Grund gibt es in vielen liberalen Ländern wie den USA, auch eine Erbschaftssteuer, die wenige Reiche trifft, aber dennoch viel bringt.

Die reichen Gegner der Erbschaftssteuer schüren Emotionen und Ängste auch bei Menschen mit kleinen Einkommen. Auch diese wollen ihren Nachkommen oft etwas hinterlassen und empfinden eine Erbschaftssteuer als weitere Benachteiligung durch den Staat und nicht legitimen Eingriff in die Familiensphäre. Dass nur hohe Erbschaften von einer Steuer betroffen wären, nimmt ihnen oft ihre Ängste nicht.

Statistisch gesehen erklären Erbschaften und Schenkungen die ungleiche Vermögenlage weit stärker als Alter, Bildung oder Einkommen.⁹ Die Frage: „Arbeiten oder Erben – was führt zu Reichtum?“ muss heute zugunsten von Erben beantwortet werden. Weil Träume nur für wenige Menschen Realität werden und erben auch keine Leistung ist, sondern ein Glück der Geburt, sollten hohe Erbschaften besteuert werden.

⁹ Leitner, Sebastian (2016): Drivers of wealth inequality in euro area countries. In: European Journal of Economics and economic Policies: Intervention 13/1, 114-136

12. Reiche nutzen ihre politische Macht

Wer über ein hohes Vermögen verfügt, hat andere Möglichkeiten seine Interessen durchzusetzen. Zu hohe Vermögensunterschiede sind schlecht für das Kräftegleichgewicht in einer Gesellschaft und potentiell demokratiegefährdend.

Im Nationalratswahlkampf 2017 haben wohlhabende Unternehmer ganzseitige Inserate in Tageszeitungen platziert, in denen sie den 12-Stunden-Arbeitstag, eine 60-Stunden-Woche, die Senkung der Körperschaftssteuer und die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge gefordert haben.¹⁰ Später wurde bekannt, dass viele dieser Unternehmer auch namhafte Spenden an Regierungsparteien geleistet haben. Diese hat die wichtigsten Forderungen bekanntlich erfüllt. Mit Vehemenz wehren sich diese Vermögenden aber gegen Vermögens- oder Erbschaftssteuern und waren auch darin erfolgreich.

¹⁰ <https://www.derstandard.at/story/2000116501980/adler-mit-einfluss-wie-eng-tirols-unternehmer-mit-der-politik>

13. Es geht um Gerechtigkeit, nicht um Neid

Gegnerinnen und Gegner einer Steuer auf Vermögen und Erbschaften unterstellen oft, dass es den Befürwortern und Befürworterinnen nicht um Gerechtigkeit gehe, sondern um Neid. Der Neidvorwurf ist aber nichts als eine absichtliche Themenverfehlung. Neid ist ein menschliches Gefühl und schlummert in allen, Armen wie Reichen. Neid als Totschlagargument dient dazu, dass die gewaltige Vermögensungleichheit und ihre schädlichen sozialen und politischen Folgen nicht zum Anlass einer Gerechtigkeitsdebatte genommen werden soll.

Reiche verfügen nicht nur über Vermögen, sie verfügen über politische Macht. Und diese Macht hat in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen. Die enorme Vermögenskonzentration wurde erst ermöglicht durch politische Maßnahmen wie Unternehmenssteuersenkungen, Privatisierungen, Duldung von Steueroasen und Finanzliberalisierungen. Im Ergebnis sind seit den 1980er Jahren Vermögen weit schneller gewachsen (rd. 5 % jährlich) als die Wirtschaft (rd. 2 % jährlich). Einkommen aus Arbeit kann mit Vermögenseinkommen nicht Schritt halten, weil zu dem Arbeit stärker besteuert ist als Vermögenseinkommen, musste die Ungleichheit zugunsten der Reichen zunehmen.

14. Wachsende Ungleichheit bekämpfen, Sozialstaat ausbauen, Vermögen besteuern

Man kann damit rechnen: Sobald die wirtschaftliche Krise vorbei ist und die österreichische Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs ist, wird es heißen: Schulden runter, Gürtel enger schnallen, Sparen im System. Dann drohen Leistungskürzungen bei Pensionen, im Gesundheits- und Sozialsystem. Am Ende tragen die Schwächeren die Lasten der Krise. Finanzminister Blümel hat bereits gefordert, schnellstmöglich zum Sparen und zum Stabilitätspakt zurückzukehren.

Wichtig wäre dagegen, nachhaltiges Wachstum zu fördern, das Land zu modernisieren und den Sozialstaat zu stärken. Öffentliche Investitionen erhöhen den Bestand an öffentlichem Vermögen und Sozialkapital und schaffen Wachstum zugunsten zukünftiger Generationen. Deswegen ist es gerechtfertigt, dass zukünftige Generationen zur Finanzierung dieser Investitionen über Schulden beitragen. Denn das Fehlen der Schuldenfinanzierung, die derzeit so rentabel ist wie noch nie, wird durch höhere Steuern oder Ausgabenkürzungen zu einer unverhältnismäßigen Last für die heutige Generation.

Öffentliches Vermögen muss gestärkt werden: Schulen, Spitäler, öffentlicher Verkehr, Seen, Wälder, Museen und vieles mehr sind unser Vermögen. Besonders wichtig ist öffentliches Vermögen für all jene Menschen, die ihr Geld nicht für sich arbeiten lassen können. Ein öffentliches Gesundheits-, Bildungs- und Pensionssystem, öffentlicher

Wohnbau und öffentlicher Verkehr nutzt besonders denen, die sich diese Leistungen nicht privat finanzieren können und erhöht den Lebensstandard für alle Menschen.

Man muss sich vor Augen halten: Der Sozialstaat, der uns in der Corona-Krise vor Schlimmerem bewahrt hat, wird von den Erwerbstätigen finanziert. Mehr als $\frac{3}{4}$ der Steuern kommen aus Arbeit und Konsum. Während Arbeit hoch besteuert ist, sind Erbschaften nicht und Vermögen kaum besteuert. Eine gewaltige Schiefelage. Vermögensbezogene Steuern tragen in Österreich weniger als 2 % zum gesamten Steuerkuchen bei. Damit liegt Österreich in der OECD weit hinter dem Durchschnitt.

Auch ohne Corona-Krise gäbe es genügend Gründe eine stärkere Beteiligung der wirklich Vermögenden an der Finanzierung des österreichischen Sozialstaats einzufordern. Dies gilt umso mehr, wenn es um die Bewältigung der Krisenfolgen geht. Bislang haben multinationale Konzerne und wohlhabende Einzelpersonen die Vorteile ausgebauter Wohlfahrtsstaaten ausgenutzt, sich andererseits aber oft durch Steuer-
vermeidung und ihr Beharren gegen Vermögenssteuern aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gestohlen. Wie aktuelle Beispiele aus Österreich zeigen, sind die Vermögenden viel eher in der Lage ihre Interessen politisch durchzusetzen. In Österreich gibt es seit 1995 keine Vermögenssteuer und seit 2008 keine Erbschaftssteuer mehr. Dazu kommt, dass weitere wichtige Staatseinnahmen gesunken sind. In den vergangenen 35 Jahren sind die durchschnittlichen Unternehmenssteuersätze von 49 % auf 24 % gefallen. Die EU-Kommission schätzt den Verlust an Steuereinnahmen allein durch Steuervermeidung auf 1.000 Mrd. Euro!

15. Was jetzt nötiger ist, denn je

Die Kosten der Corona-Krise haben bislang vor allem Arbeitslose, Kurzarbeiter, Arbeiterinnen und Kleinunternehmer getragen. Um die Krisenkosten fair zu verteilen, braucht es jetzt gezielte Maßnahmen.

- Das Arbeitslosengeld muss von nur 55 % auf 70 % angehoben werden. Arbeitslose sind von der Corona-Krise hart getroffen worden. Einmalhilfen sind unzureichende Almosen.
- Eine Steuer auf hohe Vermögen: Eine Vermögenssteuer mit einem Stufentarif (1-2-3-4%) auf Vermögen ab einer Mio. Euro (1 %) bis zu 4 % (ab 1000 Mio. Euro) würde nur rd. 4 % der österreichischen Haushalte betreffen und bringt bis zu 11,2 Mrd. Euro. Selbst unter Berücksichtigung von Ausweicheffekten (Vermögen werden der Steuer entzogen) bleiben an die 9 Mrd. Euro!¹¹
- Hohe Erbschaften ab 1 Mio. Euro besteuern: Selbst mit einer Erbschaftssteuer – wie es sie in vielen Ländern gibt – bleiben Reiche ohne Leistung reich. Mit einer Erbschaftssteuer würden sie wenigstens zu sozialpolitischen Verbesserungen, etwa zur Finanzierung der Pflege, einen Beitrag leisten.
- Eine Anhebung der Kapitalertragssteuer auf Dividenden auf 35 % bringt ca. 600 Mio. im Jahr.

¹¹ Vermögenskonzentration in Österreich – Ein Update auf Basis des HFCS 2017

- Das historisch niedrige Zinsniveau zum Ausbau des öffentlichen Vermögens nutzen. Statt einer Schuldenbremse braucht es dringend bessere EU-Fiskalregeln, um nachhaltiges Wachstum und Investitionen in öffentliche und soziale Infrastruktur und Klimaschutz zu ermöglichen.
- Wohlfahrtsstaat ausbauen: Der Wohlfahrtsstaat ist das Vermögen der breiten Masse der Bevölkerung. Spitäler, Gesundheitssystem, Kinderbetreuung, Schulen und öffentlicher Verkehr müssen zukunftsfit gemacht werden.
- Kein Steuerdumping innerhalb der EU, sondern einheitliche Mindeststeuern für alle Unternehmen. Internationale Konzerne wie Amazon oder Google dürfen sich nicht länger aus ihrer Steuer-Verantwortung stehlen. Notwendig ist die Einführung einer digitalen Betriebsstätte, damit digitale Gewinne künftig derselben Besteuerung unterliegen wie traditionelle Unternehmensgewinne.
- Endlich eine wirkungsvolle Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene. Häufiges spekulatives Kaufen und Verkaufen von Wertpapieren soll damit unterbunden werden.



AK | **100**
JAHRE
GERECHTIGKEIT

Gerechtigkeit lässt nicht nach.

Besonders in Krisenzeiten braucht es jemanden, der darauf schaut, dass es gerecht zugeht. Jetzt geht es darum, Österreich neu zu starten und die Menschen, die täglich daran mitarbeiten, zu stärken. Für sie setzt sich die Arbeiterkammer mit aller Kraft ein.

Vor der Krise, während der Krise und auch nach der Krise.